

Der Maler

Organ des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder

<p>Erscheint Sonnabends Abonnementspreis 1,50 M pro Quartal bei freier Zusendung unter Kreuzband 2 M</p>	<p>Schriftleitung und Geschäftsstelle: Hamburg 25, Klaus-Groth-Strasse 1. 1. Stock Fernsprecher: Nordsee 8248</p>	<p>Postcheckkonto: Vermögensverwaltung des Verbandes Hamburg 11598</p>
--	---	--

Interessenten und Opfer.

Die deutsche Reichsregierung hat der rheinisch-westfälischen Schwerindustrie rund 700 Goldmillionen als Entschädigung überwiesen. Diese Liebesgabe macht ungefähr den Teil des Gesamteinkommens des Reiches aus Zöllen und Abgaben im Laufe eines Jahres, die die Ausgaben Frankreichs und Belgiens für den Krieg ausmachten und fast den Betrag der Dawes-Auslandskonten ausmachen. Sie wird aus den Steuergroschen des Volkes erhoben werden müssen und die Ironie des Schicksals will, dass die wirklichen Opfer des Ruhrkampfes, die Arbeiter und Angestellten in Rheinland und Westfalen, die im Ruhrkrieg noch lange nicht überwunden haben und unter der Industriekrise leiden, aufs neue belastet werden. An sie, die wirklichen Selben an der Ruhr, von deren Ausgang des Ruhrkampfes abhängt, hat diese Regierung nicht gedacht, als sie den Großen die Liebesgabe überreichte. Diese Regierung stellt sich damit auf eine Stufe mit der Schwerindustrie, die bei den Massen, als der Arbeiter, abgeblasen wurde, den Eindruck hinterließ, nicht handelte, wie es einem redlichen Mittläufer der Freiheit des Bodens und die Freiheit der Arbeit

Regelung zwischen der Industrie und der Regierung wurde in aller Heimlichkeit getroffen; als die Arbeiter schon ausgezahlt wurden, erfuhren das deutsche Volk es bezahlen mußte, in einer harmlosen Zeitungsbüchlein von den getroffenen Abmachungen. Erst durch die Vorstellungen der Arbeitervertreter wurde die öffentliche Tatsache bekannt. Wie die Abmachungen einzelnen ausfallen, ist heute noch dunkel. Schwerindustrie und Geheimratsbürokratie haben eben die Abmachungen festgelegt und den Steuerzahlern diktiert. Gelegenheit erscheint selbstverständlich in keinem Bericht, wenn man hört, daß ein bekannter Regierungsbeamter, der an dem Abkommen an erster Stelle beteiligt hat, demnächst eine leitende Stelle im Vorstand der deutschen Industrie übernehmen soll.

groß muß der Einfluß der Schwerindustrie auf die Regierung sein, wenn sie solche Dinge in diesem Reichstag beschließt! Damit wird aber ein sehr dunkler Schatten in unsern Staats- und Wirtschaftsleben überhaupt geworfen. Man hat jahrelang in Deutschland von einer "parlamentarischen Nebenregierung" fabuliert. Man meinte die Aktionen der Gewerkschaften um Beseitigung der Mißstände oder Durchführung durch Gesetz der Rechte der Arbeiterchaft. Die Leute aber, die die Märchen von der Nebenregierung der Gewerkschaften ihre politischen Geschäfte machten, vergaßen, daß heute eine Schwerindustrie hat, die in der Handvoll Leuten beherrscht wird und daß diese Herrscher heute in Deutschland wirklich regieren. Die Hauptregierung — nicht zum Vorteil Deutschlands, sondern zum Vorteil der deutschen Wirtschaft. Diese Herren, die es während der Inflation leicht hatten, wirtschaftlichen Erfolgen zu prunken, die auf alles, was arbeitete, mitleidig herunterblickten, haben sich in der Wirtschaftskrise absolut nicht als die großen Wohltäter bewiesen. Wie oft wurde nicht das Wohlstandinteresse über die Bedürfnisse der Wirtschaft vergessen, daß mancher in Deutschland, der früher einmal reich war, von der gewerkschaftlichen Nebenregierung enteignet, sich jetzt, nachdem er klar sah, ehrlich genug mehr gewerkschaftliche Nebenregierung nur am Leben zu erhalten. Das liegt in der Natur der Sache: der Privatkapitalist nur auf den Profit sieht, die Gewerkschaften das Wohl der Gesamtwirtschaft zu behalten, von der ja die ganze Arbeiterschaft, in den Gewerkschaften organisiert, abhängt. Die Gewerkschaften darf nur eine Wirtschaft kennen, in der sich das ganze Volk als dienendes Glied einsetzt, von ihrer Prosperität alle Vorteile haben. Die des Privatkapitalismus kennt nur Interessenten

und Opfer. Diese beherrschen den Staat und ziehen aus ihm den Nutzen, jene sind die Objekte der Ausbeutung. Diese streichen die 700 Millionen Liebesgaben ein, jene bezahlen sie.

Daß das anders wird in der Republik, ist die historische Aufgabe der Arbeiterschaft. Damit wird dem sozialistischen Wirtschaftsideal der Weg geebnet: Eingabe des einzelnen für die Allgemeinheit, auch in der Wirtschaft. Wir werden ja in den nächsten Tagen erfahren, wie der 700 Millionen-Liebesgaben-Vertrag zustandekam. Vielleicht werden wir hören, daß die Regierung sich schon 1923 dazu verpflichtet hatte, daß sie es tun mußte, um die Schwerindustrie zu einer Politik zu bewegen, die dem Reich Westfalen und das Rheinland erhielt. Sollte das der Fall sein, so wäre die Ruhrrentschädigungsaffäre ein typisches Beispiel für den Patriotismus der Schwerindustrie.

Der Reichsverdingungsausschuß als Beschützer des Privatkapitals.

In dem auf Beschluß des Reichstages eingefetzten Reichsverdingungsausschuß beim Reichsfinanzministerium, der den Entwurf einer neuen Reichsverdingungsordnung für die Leistungen aufstellen soll, sitzt außer einem Vertreter des Ablandes, neben der großen Zahl von Unternehmervertretern kein einziger Gewerkschaftsvertreter und auch kein Vertreter der sozialen Baubetriebe. Außer den wahrscheinlich an und für sich sehr stark privatkapitalistisch eingestellten 4 Vertretern des Reichsfinanzministeriums sowie den Vertretern des Reichswehrministeriums, des Reichspostministeriums und den Vertretern der Länder und des deutschen Städtetages gehören dem Ausschuss folgende Vertreter an:

- 1 Vertreter des Verbandes Deutscher Architekten und Ingenieurvereine,
- 6 Vertreter des Reichsverbandes der Deutschen Industrie, Fachgruppe Bauindustrie, darunter die bekanntesten Bekämpfer unserer Bauhüttenbewegung,
- 3 Vertreter des Reichsverbandes des Deutschen Handwerks,
- 1 Vertreter des Bundes Deutscher Architekten,
- Außerdem nehmen an den Sitzungen des Reichsverdingungsausschusses zeitweilig eine ganze Anzahl von Sachverständigen aus den Unternehmerverbänden des Baugewerbes und der Baustoffindustrien teil, darunter
- 2 Vertreter des Vereins Deutscher Kalkwerke,
- 1 Vertreter des Deutschen Stuckgewerbeverbandes,
- 1 Vertreter des Vereins zur Wahrung der Interessen der Asphaltindustrie in Deutschland,
- 1 Vertreter des Reichsverbandes der Deutschen Steinindustrie,
- 1 Vertreter des Bundes Deutscher Schmiedeeinungen,
- 2 Vertreter des Innungsverbandes Deutscher Dachdeckerinnungen,
- 1 Vertreter des Berufsvereins der Deutschen Parkettindustrie,
- 1 Vertreter des Reichsbundes des Malergewerbes,
- 1 Vertreter des Deutschen Tapeziererbundes,
- 3 Vertreter des Verbandes der Zentralheizungsindustrie,
- 1 Vertreter des Verbandes Deutscher Wasserleitungsunternehmen,
- 1 Vertreter des Verbandes der Arbeitgeber des Töpfer- und Ofenzeuggewerbes Deutschlands,
- 1 Vertreter des Zentralverbandes der Deutschen Elektrotechnischen Industrie,
- 1 Vertreter des Verbandes Deutscher Elektrotechniker,
- 1 Vertreter des Reichsverbandes für das Steinseker- und Straßenbaugewerbe und
- 1 Vertreter des Reichsverbandes des Deutschen Gartenbaues.

„Darf man sich wundern,“ schreibt darum mit Recht die „Soziale Bauwirtschaft“, „wenn von einer Körperschaft, die von so ausgesprochen privatkapitalistisch eingestellten Personen zusammengesetzt ist, Beschlüsse gefaßt werden, die in erster Linie den privatkapitalistischen Interessen Rechnung tragen und die Interessen der Allgemeinheit erst an die zweite Stelle setzen? Wir wundern uns darüber nicht! Wundern müssen wir uns aber darüber, daß von den Ländervertretern dem Ausschuss die Beschlüsse vorgelegt werden, die eine Bevorzugung des privaten Unternehmertums und eine Zurücksetzung der sozialen Baubetriebe bei Vergabe der Bauleistungen und Bauleistungen ganz offenkundig zum Ziel haben. So wird in Ziffer 2 der Leitsätze zum Beispiel verlangt, daß in der Auswahl der Unternehmer bei jeder Vergabe der Ar-

beiten nach Möglichkeit gewechselt werde. Dies wird, wie schon die bisherige Praxis lehrt, dazu führen, daß soziale Baubetriebe, trotzdem sie das preiswerteste Angebot abgegeben haben, bei der Vergabe ausgeschlossen werden mit der Begründung, daß man die in Frage stehenden Arbeiten an einen Privatunternehmer vergeben müsse, nachdem der soziale Baubetrieb bereits andere Arbeiten übertragen bekommen habe.

Auch die weitere Bestimmung in Ziffer 2, wonach die ortsanfässigen Gewerbetreibenden „tunlichst zu berücksichtigen“ sind, wird in zahlreichen Fällen dazu führen, daß die das billigste Angebot einreichenden sozialen Baubetriebe die Arbeiten nicht übertragen bekommen, weil sie ihren Sitz nicht am Orte der die Arbeit vergebenden Behörde haben. Nach einem weiteren Satz der Ziffer 2 soll „keinem Bewerber eine angemessene Beteiligung an den zu vergebenden Staatsaufträgen vorenthalten werden, sofern er hinsichtlich seines Geschäftsbetriebes für die in Frage kommenden Leistungen und Lieferungen geeignet erscheint und für eine tüchtige und zuverlässige Ausführung Gewähr bietet“. Diese Bestimmung ist an sich durchaus richtig. Sie wird aber nach den bisherigen Erfahrungen zweifellos von vielen auftragvergebenden Stellen zuungunsten der sozialen Baubetriebe ausgelegt werden. Es ist vorgekommen, daß man die leistungsfähigsten sozialen Baubetriebe bei der Vergabe von Eisenbetonarbeiten, Brückenbauten, Eisenbahnarbeiten usw. mit der Begründung von der Arbeitsvergabe ausgeschlossen hat, sie hätten noch keinen Beweis ihrer Leistungsfähigkeit auf dem betreffenden Arbeitsgebiet erbracht, und sie müßten diesen Beweis erst erbringen.

Sehr bedenklich ist ferner der auf den ersten Blick ganz ordnungsmäßig und für die sozialen Baubetriebe sehr wohlwollend aussehende Satz, wonach „Angebote von sozialisierten Baubetrieben wie die Angebote von einzelnen Unternehmern behandelt werden sollen“. Aber auch hier lehrt uns die Erfahrung, daß unsere Betriebe, die teilweise ebensoviel Arbeitskräfte beschäftigen, wie die kleinen Privatunternehmer des betreffenden Ortes zusammen, als billigste Anbieter von der Vergabe von Bauarbeiten ausgeschlossen werden mit der Begründung, daß man sie auch nicht besser behandeln könne als die übrigen Unternehmer des Ortes. In der Praxis wirkt sich dieser Satz als Kampfmaßnahme gegen die sozialen Baubetriebe und als Förderung des kleinen privatkapitalistischen Unternehmertums aus.

Ganz offen auf die Bekämpfung der sozialen Baubetriebe ist jedoch die Ziffer 3 der Leitsätze eingestellt, die lautet:

„Von einem Aufruf zum Bewerb kann abgesehen werden, wenn von einer Handwerkerorganisation geeignete Meister vorgeschlagen werden, die die unter 2 aufgeführten Bedingungen erfüllen und ein annehmbares Gebot machen.“

Niemand wird harmlos genug sein, anzunehmen, daß von einer Handwerkerorganisation jemals ein sozialer Baubetrieb einer Behörde zur Ausführung einer Bauarbeit in Vorschlag gebracht werden könnte. Jeder Leiter einer Handwerkerorganisation, der dies täte, machte sich bei deren Mitgliedern für alle Zeiten unmöglich. Diese Bestimmung kann nur den Zweck haben, den in Ziffer 1 der Leitsätze grundsätzlich geforderten freien Wettbewerb bei der Vergabe von Leistungen und Lieferungen im Baugewerbe auszuschalten und an seine Stelle die völlige Herrschaft der privatkapitalistischen Handwerkerorganisationen auf dem Gebiete der Arbeitsvergabe zu setzen. Angestrebt wird dieser Zustand von dem privaten Unternehmertum durch die Bildung von Preisringen schon seit vielen Jahren. Bis jetzt ist es ihm nicht gelungen, dieses Ziel zu erreichen. Jetzt will man die jahrelang unwirksam gebliebenen Wünsche des Unternehmertums durch eine Bestimmung in der Reichsverdingungsordnung glatt erfüllen. Da wir keinen Vertreter im Ausschuss haben, wissen wir nicht, ob die Vertreter des Unternehmertums selbst diesen Anspruch im Ausschuss erhoben oder ob ihnen die Verwirklichung des alten Wunsches von den Ländervertretern auf dem Präsentierteller freiwillig entgegengebracht wurde. Wir können jedoch nicht umhin, zu sagen, daß wir es für einen Skandal halten, wenn eine derartige Bestimmung in die Reichsverdingungsordnung aufgenommen würde.

Nicht minder feindlich ist die Ziffer 4 der Leitsätze, die sagt, daß „bei annähernd gleichem Angebot ortsanfässige Unternehmer, Innungen, Genossenschaften und Lieferungsverbände (bei Lieferungen und Leistungen) vorzuzugweise zu berücksichtigen“ seien. Im Protokoll wird hierzu gesagt: „Zu den einzelnen Punkten der Leitsätze wurden unter anderem folgende Erläuterungen und Bemerkungen gemacht: Unter dem Wort „Genossenschaften“ (Ziffer 4) sind solche selbständiger Handwerker

zu verstehen. Man will also auch hier die Innungen und die Genossenschaften sowie die Lieferungsverbände der Handwerksmeister gegenüber den sozialen Verbänden bevorzugen.

Schon diese Bestimmungen genügen, um den privatkapitalistischen Geist des Reichsverbindungsausschusses zu charakterisieren. Offenlich sieht sich der Reichstag den Entwurf der Reichsverbindungsordnung recht genau an und stellt bei der endgültigen Formulierung das Wohl der Allgemeinheit vor die Interessen des privatkapitalistischen Unternehmertums. Aber auch die vorstehend genannten deutschen Länder, in deren Auftrag die vorstehend kritizierten Bestimmungen in die Verträge aufgenommen worden sind, täten gut, sich etwas mehr als dies anscheinend bisher geschehen ist, um die Arbeit ihrer Vertreter im Reichsverbindungsausschuss zu kümmern. Wir können uns nicht denken, daß derartige Verträge von den Ländervertretern eingereicht worden wären, wenn sich die Regierungen oder Parlamente von Anhalt, Baden, Braunschweig, Hamburg, Preußen und Sachsen bis jetzt mehr um die Arbeit ihrer Vertreter im Reichsverbindungsausschuss gekümmert hätten. Zu einer Nachprüfung dieser Tätigkeit gibt übrigens auch das Verhalten der Ländervertreter in anderer Beziehung reichlichen Anlaß. Wie einst gegen die Vereinheitlichung des deutschen Zollwesens, wenden sich auch heute noch Vertreter einzelner Länder aus Kleinlichen partikularistischen Gründen gegen die Aufstellung einer einheitlichen Verbindungsordnung für das ganze Reich. Jeder, der sich in erster Linie als Deutscher und erst in zweiter Linie als Bayer oder Mecklenburger fühlt, muß sich empören, wenn die Herren Ländervertreter den Erlaß einer einheitlichen Verbindungsordnung für das ganze Reich mit der Begründung ablehnen, daß der Erlaß dieser Vorschriften zu den Hoheitsrechten der Länder gehöre.

Konjunkturmenschau.

Daß die Konjunkturbombe in Deutschland im Monat Januar noch oben gerichtet war, kann nicht bestritten werden. Die Zahl der Konturöffnungen, die im Januar auf 757 gestiegen ist, gegen 688 im Dezember, 647 im November und 762 im Oktober vorigen Jahres, bezeugt heute noch nicht viel. Sie deutet nur darauf hin, daß der Reinigungsprozeß im deutschen Geschäftsleben noch nicht abgeschlossen ist. Es bestehen eben noch eine große Zahl lebensunfähiger Firmen und Gesellschaften, die so oder so von der Wirtschaft verschwinden müssen. Infolgedessen ist die Konjunkturmenschau ein trügerisches Wirtschaftsbarmeter. Eine deutlichere Sprache sprechen die Großhandelsindizes. Der Index des Statistischen Reichsamts ist von 134,3 % des Friedensstandes am 31. Dezember vorigen Jahres auf 140,4 am 28. Januar 1925, also binnen 4 Wochen, um nicht als 6 Punkte heraufgerückt. Diese Steigerung trat ein, obwohl nach Beendigung des Weihnachtsgeschäftes normalerweise ein gewisser Konjunkturrückschlag zu erwarten gewesen wäre. Auch die Generalversammlungsbereiche der Aktiengesellschaften lauten aus beinahe allen Gewerbezweigen sehr zufriedenstellend.

Dieser Anstieg hat verschiedene Ursachen. Zunächst einmal strahlten naturgemäß die Vorgänge an der Börse auf das Großhandelsgeschäft aus. Bekanntlich haben die mehr als 600 Millionen Reichsmark, die der Kreditindustrie vom Reichsfinanzministerium heimlich seit Ende Dezember des vorigen Jahres ausgezahlt worden sind, eine charakteristische Verwendung dadurch gefunden, daß die Empfänger die Mittel zum Ankauf von Aktien sowohl der eigenen Unternehmungen wie anderer Gesellschaften benutzten. Der Börsenindex für Montanwerte ist unter diesen Umständen allein in der letzten Januarwoche um rund 10 % hinaufgetrieben worden. Das bedeutet natürlich für alle am Börsenhandel Beteiligten einen unbedeutenden Gewinn, der zum Teil ins Warengeschäft abfließt. So sind die zwei Drittel Milliarden Reichsmark, die früher durch Heberbesteuerung dem Volkkörper abgezapft waren, auf dem Umweg über die Börse dem Großhandels-

geschäft zugute gekommen. Wenn solche große Summen plötzlich auf den Markt geworfen werden, so kann das natürlich nicht ohne tiefgreifende Wirkungen bleiben.

Das ist die eine Ursache des innerdeutschen Konjunkturauftriebs. Sie ist von kurzer Dauer gewesen, und von dieser Seite her ist kein neuer Aufschwung zu erwarten. Etwas anders liegen die Dinge bei dem zweiten Belegungsgrund, der ebenfalls seiner Natur nach ein künstlicher und vorübergehender ist. Das sind die zahlreichen Auslandskredite, die erstmals im Januar im großen Umfang nach Deutschland hereinstürmten. Diese Auslandskredite üben nun eine ganz verschiedene Wirkung aus, je nach der Art ihrer Verwendung. Zu einem großen Teil werden sie von den Kreditnehmern dazu benutzt, um Rohstoffe aus dem Ausland zu importieren. In diesem Falle tritt eine Vermehrung des gesamten Gütervorrats in Deutschland ein, ohne daß gleichzeitig die Kaufkraft des Landes eine Erhöhung erfährt. Bei solcher Verwendung wird also bei gleichbleibender Nachfrage das Warenangebot vermehrt. Es wird damit ein Druck auf die Preise ausgeübt. Umgekehrt liegt es bei dem Teil der Auslandskredite, der bei der Reichsbank in deutschen Noten umgewandelt wird. Hier erfolgt ohne gleichzeitige Ausweitung des Gütervorrats eine Vermehrung der Kaufkraft am innerdeutschen Markt. Die Konjunktur wird dadurch in durchaus ungesunder Weise beeinflusst. Insofern liegt in der übermäßigen Aufnahme der Auslandskredite eine schwere Gefahr.

Bei jeder Konjunkturbetrachtung ist freilich in den Vordergrund zu rücken, daß der Geschäftsverlauf in Deutschland in stärkstem Maße beeinflusst wird von der internationalen Konjunktur, insbesondere von dem Geschäftsverlauf in den Vereinigten Staaten von Amerika. Seid wir wieder im Besitz einer Goldwährung sind, befinden wir uns in völliger Abhängigkeit von der Kaufkraft des amerikanischen Dollars. Vorübergehende Abweichungen sind denkbar. Aber auf die Dauer müssen die deutschen Preise mit steigen, wenn in Amerika sich dieselben nach oben bewegen, wie umgekehrt jede Preisermäßigung und Geschäftsstodung sich mehr oder minder auf Deutschland übertragen wird.

Wie steht es nun mit der Weltmarktkonjunktur? Hier ist ebenfalls eine außerordentliche Aufwärtsbewegung zu verzeichnen. Der Index der „Frankfurter Zeitung“ für die amerikanischen Warenmärkte beläuft sich Ende Januar auf 178,20 % des Vorkriegsstandes gegen 172,2 Ende Dezember und 162,6 Anfang Dezember vorigen Jahres. In erster Linie ist es natürlich die gewaltige Steigerung der Getreidepreise, die hierin zum Ausdruck kommt. Aber während in anderen Zeiten eine Erholung der Getreidepreise eher eine Abschwächung der sonstigen Konjunktur im Gefolge hatte, weil die Produktionskosten stiegen und die Kaufkraft durch die hohen Lebensmittelpreise erschöpft war, so trat jetzt zu der Aufwärtsbewegung der Getreidepreise ein Aufschwung auf anderen Gebieten hinzu. Auch hier sind es zu einem großen Teil die europäischen Kredite, die für die Bewegung verantwortlich gemacht werden müssen. Die Empfänger dieser Kredite benutzen sie, wie wir das für Deutschland schon gesehen haben, zum großen Teil zu Einkäufen auf dem amerikanischen Markt.

Nach allem, was man hört, ist der Sturzbaß von Auslandsgehd nach lange nicht verstigt. Man muß danach befürchten, daß die Aufpeitschung des Preisniveaus von dieser Seite her noch weitere Fortschritte machen wird. Daß der Krisenpunkt in Deutschland — anders verhält es sich in Amerika — noch nicht erreicht ist, darauf deutet auch die Tatsache hin, daß die Preise der Kapitalgüter in der letzten Zeit verhältnismäßig stärker gestiegen sind, als die Verbrauchsgüter, was erfahrungsgemäß als ein Zeichen fortschreitender Konjunkturverbesserung anzusehen ist. Daß die ganze Bewegung keine gesunde ist, daß sie nicht auf einer Hebung der Kaufkraft der breiten Masse des Volkes beruht, das liegt nach dem Gesagten auf der Hand. Um so schwerer sind die Gefahren, die sich für die fernere Zukunft aus dieser Brausepulverkonjunktur ergeben. Die Ernüchterung wird um so größer sein, je stärker zuvor der Schaum den Blick getrübt hat.

Zur politischen Lage.

nahm der Bundesauschuß des ADGB. auf seiner Ende Januar dieses Jahres in Berlin durchgeführter folgender Entscheidung Stellung:

„Der Sieg des Bürgerblods im Reich wie der der Koalitionsregierung in Preußen gefährden in weitestem Umfang die Rechte der Arbeiter, die Sicherheit der fassung, den Bestand der Republik. Die deutsche Arbeiterschaft befindet sich einer Koalition der extremen Rechten und links gegenüber, die aus erklärten Zielen besteht — Feinden ihrer Staatsauffassung, Gemeinschaftsidee wie ihres Strebens nach Gleichberechtigung in Staat und Wirtschaft. Der Schutz der Verfassung die Verteidigung der Verfassung ist den Gegnern des Staatsform überantwortet worden.“

Die demokratische Republik ist die einzige Gewähr die Grundrechte der deutschen Arbeiterschaft gewahrt. Jedem Versuch, auf politischen Schlechtwegen oder Gewalt den alten Obrigkeitsstaat wieder an ihre treten zu lassen, muß der entschlossene Wille der deutschen Arbeiterschaft entgegengetreten, den jungen Staat gegen seine innerpolitischen Gegner mit allen Mitteln zu verteidigen.

Die Gewerkschaften haben zur Zeit des Rapp-Bewiejen, daß sie die Republik gegen ihre innerpolitischen Feinde zu schützen imstande sind. Sie haben während der Ruhrkämpfe nicht nur die Einheit des Reiches geschützt, sondern auch die Freiheit der Staaten im Westen verteidigt. Sie sind überzeugte Vorkämpfer des republikanischen demokratischen Gedankens. Sie sind sich bewußt, die Wiederkehr des alten Systems auch die verbürgten Freiheiten würde, die es ihnen ermöglichen, die Ziele des schaffenden Volkes gegen seine wirtschaftlichen und politischen Gegner wahrzunehmen. Ihr Einfluß auf die Gestaltung der sozialen Gesetzgebung wäre unwiederbringlich dahin, der Weg wäre ihnen auf lange Zeit verlegt, die Gleichberechtigung der Arbeiter in der Wirtschaft durchzusetzen. Der Schutz der Arbeitskraft vor willkürlicher Ausbeutung der allein von der Macht der Gewerkschaften abhängt, wäre ihnen ebenso erschwert wie vor dem

Der Bundesauschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes erklärt deshalb im Namen aller Gewerkschaften, daß die Gewerkschaften mit ihren zu Verfügung stehenden Mitteln die Republik zu verteidigen entschlossen sind. Der Bundesauschuß verpflichtet die Gewerkschaften, Feinden der Republik, gleichgültig in welchem politischen Lager sie sich befinden, Deutschnationalen oder Sozialisten, in geschlossener Front entgegenzutreten. Die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter müssen dessen einsehen, daß jeder Angriff auf die Republik und ihre Verfassung die Rechte und Freiheiten der deutschen Arbeiterschaft gefährden. Der Bundesauschuß ruft die Arbeiter auf, dem Bürgerblod zu bewilligen, daß alle Bestrebungen, die Republik zu stürzen, an dem einheitlichen Willen der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft scheitern werden.“

Ferner beschloß der Bundesauschuß, daß die bestehende Abteilung für Sozialpolitik beim Bundesrat erweitert werden soll, um den gesteigerten Anforderungen die auf diesem Gebiet jetzt an die Gewerkschaften werden, gerecht werden zu können. Eine einheitliche Stellungnahme der Gewerkschaften in allen sozialen Fragen zu gewährleisten, wurde der Bundesvorstand ermächtigt, auch nicht dem Bundesvorstand angehörige gewerkschaftliche Sachverständige, die bei der Vorbereitung der Sozialgesetzgebung tätig sind, als ständige Berater zuzuziehen.

Zur Frage der Organisation des gewerkschaftlichen Bildungswesens stellte der Vorstand den Antrag, den Verbänden ein Pflichtbeitrag von 5 % pro Mitglied aufgebracht werden soll. Der Antrag wurde mit großer Mehrheit angenommen. In der Aussprache kam all-

Innere Verbandsfragen.

II.

Nicht nur Anrecht haben in der Jugendzeit unserer Verbandsentwicklung geistig fortgeschrittene Kollegen gegen den Kreiskadaver des „Künstlerdunkels“ jahrelang angekämpft. In besonderen Klubs und Vereinen, „Palette“, „Pinself“, „Leder“, „Alte Garde“ usw., fanden sich diese halben Stützen des Malergewerbes zusammen, bildeten bei Anknüpfungsfähigkeiten Spieler, hielten mit Vorliebe an dem Sedarumittel fest und freuten sich wie Schneekönige, wenn zu ihren Füßen Festlichkeiten und Kränzchen einige der einladenderen Meister erschienen. Jene, die auch mal daran zu denken, daß ihre wirtschaftliche und soziale Lage einer Verbesserung bedürfte und zu diesem Zwecke ein gemeinsames Handeln mit den gewerkschaftlich organisierten Berufscollegen unbedingt notwendig sei, kam für diese Sorte „Standesvertreter“ gar nicht in Betracht. Sogar auch sie waren ja zufrieden, bei zwölf-, dreizehn- und vierzehntägiger Arbeitszeit im Sommer und einem Stundenlohn von 20 bis 30 % den flotten Malergehellen nachzueifeln zu können.

Daß der dieser Berufsstand nicht allein bei Malergewerkschaften zu finden, auch die Tüncher und Weißbinder haben jahrelang von den anderen Berufscollegen abgetrennt stehen wollen und sich besondere Tüncher- und Weißbindervereine gegründet. So schloß sich 1885 der Tüncherverein in Darmstadt dem neugegründeten Zentralverband an. Als dann 1888 das Verbandsorgan unter dem Titel „Malervereinsblatt“ erschien, war auch der Tüncher schon da. Nun erwiderte man erst, daß in dem Gewerkschaftsverband nicht einmal ein Weißbinder vertreten war; sofort wählte der gewählte Vorstand abhandeln und in dem neugegründeten halten die Weißbinder die große Mehrheit. Dieser neue Vorstand konnte gar nicht begreifen, daß von den Beitragsgebern auch ein Teil nach Darmstadt geschickt werden mußte; war glückte es, die Beiträge zu überzeugen, daß das statutarisch festgesetzt war, aber der Streit kam zum offenen Ausbruch und

man trennte sich in zwei Lager, in zentrale und lokale Anhänger. Die lokale Richtung wandte sich an die Polizei, es kam zum Prozeß, den sie in der ersten Instanz verlor. Ihr pfändbares Eigentum betrug noch nicht einmal 10 M. Sie fand aber Gönner, so daß Berufung eingelegt werden konnte und nun gegen den Zentralverband obfierte. Zur Zeit des Sozialistengesetzes war das nichts Ungewöhnliches, hatte man doch unsere Mitglieder als sozialdemokratische Anhänger bezeichnet, was auf den Ausgang eines Prozesses immer von nicht zu unterschätzender Bedeutung war. Des berichtigten preußischen Staatsanwalts Lessendorfs Anweisung, rücksichtslos die Gewerkschaften zu zerstören, dann vernichte man am besten die Sozialdemokratie, fiel bei allen deutschen Behörden auf guten Boden. Da der damalige Kassierer, Kollege W. Rad in Darmstadt, die 60 M. Gerichtskosten nicht gleich bezahlte, wurden seine Möbel gepfändet, bis der Verbandsvorstand die Sache erledigte. Das gesamte Vermögen von über 200 M. und alle sonstigen Verbandseinrichtungen sind den Lokalfisten zugesprochen worden, die die mühsam aufgebrauchten Arbeitergehälter in unschöner Weise verjubelten. Als die Kollegen in den umliegenden Mitgliedschaften diese Vorgänge erfuhren, war es zu spät. Für sie waren diese Gelben die „Schmutzkücher“.

Die Arbeitszeit war eine elfstündige, die Löhne betragen 26 bis 30 %. Die Organisationsbewegung war nun auf Jahre hinaus lahmgelegt. Der Versuch 1891, von Frankfurt aus die Organisation wieder aufzurichten, blieb ohne Erfolg. Erst von 1896 an, als der Kollege Gütlich nach Darmstadt kam, gelang es, wieder festen Fuß zu fassen, die Filiale auf gefestigte Grundlage zu stellen, nachdem die innere Einigkeit geschaffen war.

Die Frage der Errichtung von Produktivgenossenschaften spielte in den ersten Jahren der Gewerkschaftsbewegung eine große Rolle. Auch unsere Kollegen haben sich in verschiedenen Orten des östern damit beschäftigt und solche Genossenschaften errichtet, die aber nie von längerer Dauer waren. Die Produktiv-

genossenschaft „Dufas“ der Maler in Dresden zu großen Differenzen innerhalb der Mitglieder, die sie 1874 einging, war auch die Organisation der Maler am Orte vernichtet. Dem Kongreß in Leipzig 1877 wieder ein Antrag aus Heidelberg vor, mit als des Verbandes in das Statut die Bestimmung anzunehmen: „Förderung und Unterstützung der Produktivgenossenschaften als das Hauptmittel zu betrachten dem Arbeiter zum vollen Ertrag seiner Arbeit an dem Arbeitslohn zu verhelfen.“ Der Kollege Bieder den Antrag begründete, legte hauptsächlich darauf, den Verbandskollegen eines Ortes, die von Arbeitseinstellung respektive einer Ausperrung betroffen, die Möglichkeit zu geben, mit Hilfe der Verbandscollegen eine Genossenschaft zu bilden, die solchen Umständen die beste Aussicht auf Erfolg hat.

Sämtliche anwesenden Kollegen nahmen auf gemachter Erfahrungen dagegen Stellung. Meinung ging dahin, daß es wohl selbstverständlich sei kämpfende Verbandscollegen von der Organisation stützt werden müßten und auch jedes Mitglied nach Eintreten werde, wenn von unsern Mitgliedern ein Unternehmen ins Leben gerufen würde; aber wir unbedingt nicht, da ein solches Geschäft doch nur auf Grundlage wie jedes andere Privatgeschäft bestehen auf Kosten der gesamten Mitgliedschaft einige Kollegen in so hervortretender Weise unterstützen. hätte die Erfahrung auch bereits gelehrt, daß ein artiges Experimentieren in den allermeisten Fällen Schaden der Gesamtorganisation ausgefallen sei. sei unter ganz bestimmten Umständen ein solches prinzipiell anzuerkennen, aber für die Praxis nur der größten Vorsicht aufzunehmen. Die Wahl der Personen sei die wichtigste und schwierigste Frage. Antrag wurde abgelehnt. Auch als in späteren Jahren ab und zu in einzelnen Filialen die Frage der Errichtung von Produktivgenossenschaften wieder auftauchte, wurde durch Ablehnung ihre baldige Friedigung.

Erzeugung zum Ausdruck, daß eine Vereinheitlichung wirtschaftlichen Bildungswesens erstrebt werden die einen stufenweisen Aufbau vorsieht, um zu er- daß nach den Gewerkschaftsschulen und in die te der Arbeit künftig nur eine Auslese bereits d vorgeschulter Gewerkschafter geschieht wird. Der Vorstand regte ferner an, daß im letzten Quartal nächstes eine Gewerkschafts-Studienkommission nach einigen Staaten entsandt werde. Dem Vorschlag Allgemein zugestimmt. Seine Ausführung wurde Händen der Zentralverbände zur Beschlussfassung en. Weiter trat der Bundesausschuss in die Ver der wirtschafts- und handelspolitischen Fragen ein. ante einstimmig die Bestrebungen des Bundesvor- an, bei den Handelsvertragsverhandlungen durch päfliche Sachverständige vertreten zu sein, und be- den Bundesvorstand, die Interessen der Arbeiter- sch auf wirtschafts- und handelspolitischem Gebiet größten Entschiedenheit zu wahren und die bis- Bemühungen mit allem Nachdruck fortzusetzen. Im an diese Beratungen fasste der Bundesausschuss rütigen Beschluss, daß bei den Betriebsräten wäh- len zu den Ausschüssen der Krankenkassen und zu weiterkommen ausschließlich die gewerk- liche Wahlliste anerkannt werden soll. Ge- mitglieder, die sich als Kandidaten in Gegen- eintragen lassen, können nicht in den Gewerks- n be- en.

Belastung der Verbraucherschaft durch den Zwischenhandel.

Es ist von einigem Interesse für die Verbraucher, undwirtschaftlichen Genossenschaften ohne alle Rücksicht- auf die sogenannte Mittelstandspolitik klipp und klar bspunkt vertreten, daß der überflüssige Zwischen- ausgeschaltet werden müsse. Und in der Tat ist es ja daß durch das Hineindrängen Laufender vom eigent- ruf losgerissener Existenzen in den Handel die Ver- rtschaft ganz außerordentlich belastet wird. Nach- ge in viel größerem Umfange als vor ihm. Den Schaden davon haben die Verbraucher, im ganzen Volkswirtschaft.

Der Ueberschrift „Die Drogen des Wirtschafts- veröffentlicht beispielsweise das „Landwirtschaftliche schaftsbblatt“ in Neudorf a. Rh., das Hauptorgan eralverbandes der deutschen Raiffeisen-Genossenschaften (elin) einen Aufsatz, der mit voller Klarheit den in der Uebersetzung des Privathandels feststellt und t. Nach der vom Statistischen Reichsamte veröffent- bestandsstatistik der Erwerbs- und Wirtschaftsgesell- gab es in der Gewerkschaft „Handelsgewerbe“ am r Jahre:

	1913	1919	1923
Gesellschaften	885	872	4 629
Waren m. b. S.	9 408	11 420	31 822
Zusammen...	10 244	12 292	36 451

bedeutet also gegenüber 1913 eine prozentuale Zu- der kollektiven Handelsbetriebe von 256 % ahlen beziehen sich nur auf die Handelsgesellschaften rechtsformen der Aktiengesellschaft und der Gesellschaft ränkter Haftung. Neben dieser sich aufs ganze Reich- den Statistik gibt es noch einige lokalstatistische Nach- m, aus denen die in den letzten Jahren stattgefunden- de Uebersetzung des Handels zu erkennen ist. In inner Wirtschaftsbereichen ist eine Statistik über das Handelsregister veröffentlicht, die eine forschreitende Vermehrung der Handelsfirmen in Groß-Berlin fest- So waren in den Berliner Handelsregistern einge-

1913	81 600 Handelsfirmen
1919	89 500
1921	48 600
Januar 1924	60 000

Zahl der Handelsfirmen in Berlin hat sich demnach e des letzten Jahrzehnts nahezu verdoppelt. Zu a Ergebnissen kommt ein Aufsatz „Warenherzeugung renpreise“ in Nr. 806 der „Kölnischen Zeitung“ in and des statistischen Jahrbuches der Stadt Köln t wird, daß in Köln die Zahl der handelsgewerblichen von 5295 im Jahre 1918 auf 13 820 im Jahre 1921 t. Entsprechend ist selbstverständlich die Zahl der einzelnen händler ganz riesig angewachsen, und da jeder ver- ill, wird die Ware mit überflüssigen Handelskosten die in den Preisen zum Ausdruck kommen. Hierbei n der landwirtschaftlichen Genossenschaftspresse betont, Spannungen zwischen Erzeuger- und Handelspreisen tentlich höher sind als vor dem Kriege, so daß der nicht etwa mehr verdient als vor dem Kriege, eben die Wirtschaft durch die angeschwollene Zahl huiwelien“ unproduktiv belastet wird. machte zum Beispiel laut einer Aufstellung in der rter Zeitung“ im August 1924 der Erzeugerpreis für ur 81 % des Friedenspreises aus, während die Spanne ihm und dem Kleinhandelspreis für Roggenmehl r größer war als vor dem Kriege. Fast überall läßt len, daß die Belastung der Verbraucher rter ist, als es sich durch die Minderung des reises rechtfertigen lasse. Vergleicht man zum Bei- August 1924 mit dem Vormonat, so sieht man, daß eugerpreis für Butter um 8 M., der Ver- erpreis aber um 39 M. im Zentner gestiegen war. in handel kosteten 100 Pfund Schweinefleisch im i M. mehr als im Juli 1924; der Erzeugerpreis für e war indessen nur um 10 M. für den Zentner ge- Alernwärts dasselbe Bild: Bei Butter begnügte sich el vor dem Kriege mit einem Zuschlag, der kaum tel des Erzeugerpreises betrug; jetzt hat sich die ponne vervier- bis verfünffacht.

nicht nur der Handel, auch das Gewerbe wird von wirtschaftlichen Genossenschaftspresse unter die Lupe len und eine „Königsberger Rede“ des Reichs- ngministers Graf v. Rantzau zitiert, in der dieser unverdächtige Zeuge unter anderem sagt:

„Es gibt in der Tat zu viele Zwischeninstanzen, zu viele Bäcker und Metzger, zu viele Getreidehändler, Viehhändler, Geldhändler. In allen Gebieten des Güterumsatzes ist es dasselbe Bild. Eine förmliche Drogenwirtschaft — ich spreche von den Auswüchsen, nicht von den gesunden Organen der Wirtschaft — hat sich im Haushalt unseres Volkes ein- genistet. . . . Wie ein Keil steckt dieses Gebilde zwischen dem Erzeuger und Verbraucher; es beengt auf der einen Seite durch Niederhaltung der Erzeugerpreise den Spielraum für die Produktion, verleierte auf der andern Seite die Waren für den Verbraucher. . . .“

Wenn man diesen Tatsachen, deren Wirkung die Ver- brauchermassen am eigenen Leibe zu verspüren haben, gegen- überstellt, daß die Konsumgenossenschaften bestrebt sind, die Zahl der Organisationen zu vermindern, um die Produktions- und Handelskosten herabzubringen, und daß gleichzeitig ihre Mitgliederzahlen immer stärker anwachsen, dann ergibt sich die notwendige Folgerung, daß die genossenschaftlich organisierte Wirtschaft die einzige Möglichkeit bietet, der in jeder Richtung ungesunden Entwicklung der privaten Handelswirtschaft ent- gegenzuwirken. Außerdem aber bieten allein die Konsum- genossenschaften die Möglichkeit eines direkten Geschäftsverkehrs zwischen Erzeuger und Verbraucher, wodurch die überflüssigen und verteuerten Zwischenglieder ausgeschaltet werden können.

Die Entwicklung treibt auch in dieser Richtung; aber sie könnte viel mehr beschleunigt werden, wenn die Verbraucher- massen die Konsumgenossenschaften zweckbewußt organisatorisch durch die Mitgliedschaft bei ihnen, finanziell und wirtschaftlich, durch die Einzahlung von Geschäftsanteilen und Spar- einlagen und vor allem durch den Warenumsatz bei denselben fördern würden.

Die Sorge.

Die Sorge kehrt. Sie lähmt die Spannkraft. Sie beugt den Menschen. Sie drückt seinen Lebensdrang. Sie macht zeitig alt. Und damit läßt sie auch den Kultur- sinnen des Menschen verkümmern.

Wer Sorgen hat, denkt einseitig an seine Existenz, an die Erhaltung seiner körperlichen Kraft, an die Gesundheit seiner Familie. Er hat nicht Zeit und Lust für anderes. Die Pflege des Geistes ist ihm eine Last. Die Kultur der Seele ist ihm Bugus. Er vegetiert wie eine Pflanze. Er wird vom Leben gepackt, statt das Leben zu packen. Sein heiligstes Innerlichstes, seine menschliche Würde, sein Stolz, seine geistige Kraft, seine Seele, seine eigen- tliche, wahre menschliche Größe wird ein- gezwängt in die wirtschaftlichen Nöte und Sorgen, um da nur zu oft zu erstickn und unterzugehen. Wer je einmal Sorgen hatte, der weiß, daß die Kultur die Freiheit von Sorge zur Voraussetzung hat.

Und diese Sorge kennt das schaffende Volk. Es hat vielleicht keine Existenz, aber die Existenz, die da grübelt und rechnet und den Haushalt durch die Woche, den Monat hindurchbalanciert, ohne die breite, sichere wirtschaftliche Grundlage, die die Voraussetzung ist zu allgemeinem geistigen Schwung und innerlicher menschlicher Erhabenheit. Doch Tausende haben nicht einmal das Allernötigste zum Leben. Sie kennen nur Sorge und Sorge und Sorge und weiter nichts. Wie tief muß das innerliche Recht auf Kultur im Menschen gewurzelt sein, daß das Streben nach Wahren Gutem und Schönem trotzdem bei all diesen nicht gänzlich getötet wird!

Nur der Philister fühlt nichts von diesem Zusammen- hänge zwischen Sorge und Kultur, der satte Ephezer. Die größten Kulturträger, die meisten von ihnen, kannten die Sorge und ihren hemmenden Einfluß auf die eigene Schöpferkraft nur zu gut. Darum jubelte Schiller, als seine dänischen Freunde ihm das materielle Leben für ein Jahr sicherten, daß er nun nach dieser Befreiung von der Sorge endlich einmal wieder die Möglichkeit habe, Ewig- keitsworte der Kultur zu schaffen.

Sorge und Kultur sind Gegensätze. Je größer die Sorge, um so geringer die Kultur. Je größer die wirt- schaftliche Freiheit, um so größer die Schöpferkraft eines Volkes. So finden wir die Philosophie stets nur dann in den Völkern, wenn eine gewisse wirtschaftliche Entwicklung die Voraussetzung ist. Die Wurzeln der Kultur reichen hin- unter in ökonomischen Boden.

Der Kampf für die ökonomische Freiheit ist darum ein Stück vom Befreiungskampfe der Kultur. Wir müssen wirtschaftlich frei sein, wenn wir kulturell groß sein wollen. Daß wir das fühlen, beweist, daß im kämpfenden Volke mehr Kulturgehalt vorhanden als in jenen lästernden Philistern und gleichgültigen Spättern, die da von dem Sin und Her von Kultur und Sorge noch nichts gespürt.

Aus unserm Beruf.

Berufsunfälle. Aus Saarbrücken wird uns berichtet, daß der Kollege Franz Müller von einem unfachgemäß errichteten Leitergerüst abstürzte und über 3 Wochen arbeitsunfähig war. Gegen den Unternehmer ist ein gerichtliches Verfahren eingeleitet. — Am 20. Januar stürzte ein Kollege, der bei der Firma Lenhard, Saar- brücken, tätig war, ebenfalls von einem Leitergerüst. Der Verunglückte ist noch nicht arbeitsfähig. Bei dieser Firma soll die Antreiberei vorherrschend sein. Wir warnen die Kollegen vor den bekannten Unternehmern, die glauben, durch Antreiberei doch noch auf ihre Neigung zu kommen, wenn sie durch Unterbieten angemessener Preise Maler- und Anstreicherarbeiten übernommen haben. — In Berlin werden zur Zeit auf dem Untergrundbahnhof Wismarck- straße während der Nacht Anstreicherarbeiten ausgeführt. Am 29. Januar waren gerade die Gerüste aufgestellt, als die letzten Büge in den Bahnhof einliefen. Ein Gerüst war etwas zu weit nach den Schienen zu auf- gestellt worden, so daß es vom Zug umgerissen wurde. Mehrere auf dem Gerüst stehende Maler konnten glück- licherweise noch rechtzeitig abpringen; aber ein Kollege stürzte ab und erlitt einen Oberschenkel- und Armbruch, so daß er nach dem Krankenhaus Westend gebracht werden mußte. — In Nürnberg stürzte am 31. Januar der Kollege Glüh von einer 3 Meter hohen Leiter und zog sich eine Schirnerschütterung zu, die seine Ueberführung ins Krankenhaus notwendig machte.

Frankfurt a. d. O. Den Jahresbericht unserer Filiale erstattete in der diesjährigen Generalversammlung der Vorsitzende, Kollege Richter. Aus seinen Aus- führungen sei nur hervorgehoben, daß die Verwaltung eine umfangreiche Tätigkeit entfalten mußte, um alle Arbeiten ordnungsgemäß im Interesse des Weiter- gedeihens unserer Filiale durchzuführen. Von Vorteil war, daß die Arbeitslage im allgemeinen günstig war. Die Mitgliederzahl vermehrte sich um 21, sie stieg von 149 auf 170, darunter 19 Jungkollegen. In Neppen gelang es, eine neue Bahnhalle zu errichten. Die Haus- lassierung funktionierte durchweg gut; auch unsere Mit- gliederversammlungen und sonstigen Veranstaltungen waren im Durchschnitt gut besucht. Der tarifliche Stunden- lohn stand zu Jahresbeginn auf 47 S., er stieg auf 73 S. Unsern Mitgliedsbeitrag erhöhten wir von 50 auf 80 S die Woche. Das Filialvermögen wies am Jahresabschluss einen Bestand von 485,19 M auf, so daß auch in finan- zieller Hinsicht ein erfreulicher Fortschritt zu verzeichnen ist. Ein Versuch der Unternehmer, infolge Mangels an Arbeitskräften länger als 8 Stunden arbeiten zu lassen, scheiterte, da die Herren die tariflichen Zuschläge nicht bezahlen wollten. Ebenso mußte energisch gegen einen hiesigen Meister vorgegangen werden, der sich weigerte, einem Kollegen den Tariflohn zu zahlen, angeblich, weil er bei einer städtischen Arbeit nicht genügend geleistet habe. Einwandfrei konnte aber festgestellt werden, daß der be- treffende Kollege ein erfahrener und tüchtiger Arbeiter war. Solche Manöver werden im Winter von gewissen Unternehmern immer wieder versucht, und dagegen kann nur eine geschlossene, gute Organisation mit Erfolg Front machen. Wäre dieser Fall geglückt, wären gerade bei diesem Meister in kürzester Zeit alle beschäftigten Kollegen (im Winter natürlich) als minderwertig erklärt worden. Gestorben ist im Laufe des Jahres unser lieber, jahre- langer Mitkämpfer Albert Hennig. Kollege Richter machte noch auf die Rechte und Pflichten gegenüber dem Verbands aufmerksam, was bei den jüngeren Verbands- kollegen des öftern wiederholt werden muß. Dann schilderte er an Hand von Beispielen den Aufbau und Werdegang unserer Organisation sowie ihre statutarischen Einrichtungen. Der Bericht fand die ungeteilte Zu- stimmung der Versammlung, und einstimmig erfolgte die Wiederwahl des Vorstandes. Hoffen wir, daß sich das neue Jahr auch wieder gute Erfolge bringt. Das wird geschehen, wenn jeder einzelne Kollege auf dem Posten ist und seine Mitarbeit in den Dienst unserer Organisation stellt.

Aus Unternehmerkreisen.

Die Hamburger Malerkinnung hat am 26. Januar beschlossen, die wöchentlichen Kostgebühren der Lehrlinge zu erhöhen. Es sollen folgende Sätze bezahlt werden: Im ersten Jahr 6 M., im zweiten Jahr 8 M., im dritten Jahr 12 M. Der Beschluß ist am 1. Februar 1925 in Kraft getreten.

Baugewerbliches.

Die Leipziger Baumeffe. In unserer so wohnungs- armen Zeit erregt all das, was mit der Beschaffung, vor allem dem Bau von Wohngelegenheiten usw. zusammenhängt, das größte Interesse aller Kreise. So wird auch die Leip- ziger Baumeffe, die vom 1. bis 7. März 1925 abgehalten wird, höchste Beachtung finden. Da man wieder mit dem Einsehen lebhafterer Bautätigkeit rechnet, wird gerade diese Veranstaltung eine starke Beschickung erfahren und sich in bedeutend erweitertem Umfange darbieten. Die Baumeffe zeigt, wie wirtschaftlich gebaut werden kann, und stellt aus, was überhaupt mit dem Bau- und Siedlungswesen zusammen- hängt, so Baustoffe, Baubeschläge, Baubedarf, Eisen- und Holzkonstruktionen usw.; vorhandene vorzügliche Modelle und gute Pläne erhöhen die Anschaulichkeit. Besonders hin- gewiesen sei auf die Gesamtausstellung des Bundes deutscher Marmorbruchbesitzer. Mit den erweiterten Ausstellungen der Heizungstechnik, der Herde und Ofen, wird die Ver- anstaltung drei große Hallen einnehmen, und zwar die Hallen 1 bis 3 an der Lindenallee. Im Freien, auf dem Gelände vor diesen Hallen, werden die verschiedenen Baustoffe und Bauparweisen, die Verwendung des Natur- und Kunststeins vorgeführt, weiter die in großer Reichhaltigkeit vertretenen Bauminerale.

Es dürfte wohl kaum eine zweite Messe geben, die in geschlossener und übersichtlicher Form die technischen Fort- schritte des Bauwesens so veranschaulicht, wie gerade die Leipziger Baumeffe. Sie gibt den Beweis von deutscher Qualitätsarbeit und Leistungsfähigkeit.

Bewerkschaftliches.

Bildungskurse für Verbandsmitglieder in großzügiger Weise einzurichten, beschloß der Vorstand des Fabrik- arbeiterverbandes. Die Kurse werden in 7 Gauen in der Zeit vom 16. Februar (in Hannover beginnend) bis 22. Mai (in Stuttgart endigend) durchgeführt. Die andern Gauen folgen später. Mitglieder, die daran teilnehmen wollen, haben an ihre Ortsverwaltung eine Nennung einzureichen, die sie an die Gauleitung weiterreicht, die dann die Aus- wahl der zum Kursus auf Kosten der Hauptkasse zugelassenen Hörer trifft. Die Dauer eines jeden Kursus be- trägt eine Woche. Die Hörer werden an einem bestimmten Ort zusammengefaßt und während dieser Zeit von jeder andern Arbeit freigestellt. Es muß sich also jeder Nennber- vergewissern, daß er für die Zeit des Kursus Urlaub erhält. Im Kursus werden folgende Vortragsthemen behandelt: Betriebsrätegesetz und Arbeitsrecht, Arbeitsvertrag nach G.D. und B.G.V., Volkswirtschaft, Geschichte und Theorie der Ge- werkschaften, Sozialversicherung.

Der 9. Verbandstag des Fleischerverbandes tagt am 17. Mai und folgende Tage in Berlin. Außer den geschäfts- lichen Punkten steht die Tagesordnung auch vor die Lehrlings- frage, Tarifpolitik, Arbeitszeit und Lohn- und Statuten- änderung.

Der deutsche Lederarbeiterverband beruft seinen 18. Verbandstag auf den 21. Juni 1925 und folgende Tage nach Hamburg ein. Zur Tagesordnung stehen unter anderem: Die Lohn- und Vertragspolitik des Verbandes. Statutenberatung. Der Gewerkschaftskongress in Breslau. Sonstige innere Organisationsfragen.

Sozialpolitisches.

Der Arbeitsmarkt im Dezember 1924. Die Arbeitsmarktlage erfuhr im Dezember nach den amtlichen statistischen Erhebungen eine geringe Abschwächung. Landwirtschaft, Bau- und Maschinenbau lagen nach wie vor still; nach Abschluss des Weihnachtsgeschäfts machte sich — wie alljährlich — auch auf andern Gebieten ein leichter Rückschlag geltend, dessen Auswirkung jedoch für einige besonders wichtige Schlüsselindustrien allen Anzeichen nach vorerst nur gering blieb. Die Grundtendenz der Entwicklungslage darf insoweit als ungewandelt angesehen werden, nach keineswegs als ungünstig angesehen werden. Für die erste Januarhälfte scheinen sich bereits wieder vereinzelte Vorboten einer günstigeren Entwicklung zu zeigen.

Krankenkassenstatistik. Die Zahl der Beschäftigten ist im Laufe des Dezember etwas zurückgegangen, nachdem bereits im Vormonat eine leichte Abschwächung in der bisher beobachteten Besserung gebracht hatte. Bei den 4971 meldenden reichsgeselligen Krankenkassen, deren Mitgliederbewegung für die Entwicklung des Beschäftigungsgrades als symptomatisch angesehen werden kann, wurden am 1. Dezember 1924 11 365 832, am 1. Januar 1925 11 168 648 versicherungspflichtige Mitglieder gezählt. Die im Laufe des Dezember eingetretene Abnahme betrug demnach 197 184 oder 1,7%, während der Vormonat noch eine Zunahme um 0,7% ergeben hatte.

Bei den Arbeitsnachweisen hat die Zahl der Arbeitsgesuche noch immer, wenn auch in geringerem Maße als während des Vormonats, abgenommen; auf der andern Seite hat sich auch der Rückgang des Stellenangebots gegenüber dem November etwas gemindert. Insgesamt wurden im Berichtsmonat gezählt 1306 733 Arbeitsgesuche (29 737 oder 2,2% weniger als im Vormonat) und 386 362 offene Stellen (60 851 oder 13,6% weniger als im Vormonat). Die Andrangsziffer stellt sich demnach auf 338 (gegen 299 im Vormonat). Die Zahl der Vermittlungen blieb mit 329 462 hinter dem Vormonatsergebnis um 54 151 oder 14% zurück. Von 100 Arbeitsuchenden wurden 25% (im Vormonat 28,7%) vermittelt, von je 100 offenen Stellen wurden wie im Vormonat je 85 besetzt.

Die Arbeitslosigkeit unter den Mitgliedern der Arbeiterfachverbände zeigte für den Dezember wieder ein Ansteigen, nachdem in der bisher beobachteten Besserung bereits im Vormonat eine leichte Abschwächung eingetreten war; immerhin meldeten einige besonders wichtige Verbände noch eine Abnahme ihrer Arbeitslosen. Insgesamt meldeten 39 Verbände mit einer Mitgliederzahl von rund 3,5 Millionen 282 645 als arbeitslos, das heißt 8,1% der Gesamtzahl (im Vormonat 7,3%).

Die Arbeitszeitverkürzungen haben wie bisher weiter nach Maß und Zahl abgenommen. Von den in den 24 berichtenden Verbänden durch die Erhebung erfaßten rund 2,99 Millionen Mitgliedern arbeiteten nur noch 193 280 oder 6,5% (im Vormonat 7,5%) mit verkürzter Arbeitszeit. Vor allem ging der Anteil der großen Verkürzungen (17 bis 24 Stunden) zurück.

Statistik der unterstützten Erwerbslosen. Nach den bis jetzt vorliegenden Meldungen wurden unterstützt am 15. Dezember 1924 458 129, am 1. Januar 1925 535 654, am 15. Januar 1925 583 136 Vollerwerbslose (sogenannte Hauptunterstützungsempfänger). Die Zunahme machte demnach vom 15. Dezember bis 1. Januar rund 17%, vom 1. Januar bis 15. Januar 1925 rund 9% aus. In dieser Zahl sind die mitunterstützten Familienangehörigen nicht enthalten; ebenso darf sie keineswegs als gleichbedeutend mit der Gesamtzahl aller Arbeitslosen im Reich aufgefaßt werden, da der Bezug von Erwerbslosenunterstützung gesetzlich an eine Reihe Bedingungen geknüpft und zeitlich begrenzt ist.

Der neue Feuerungsindex. Die Erörterung zwischen dem statistischen Reichsamt und dem Reichswirtschaftsministerium haben auf Drängen der gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen nun das Ergebnis gezeitigt, daß der bisher geltende, die Feuerung nur unvollkommen wiedergebende Reichs-Lebenshaltungsindeks durch einen neuen Indez ersetzt werden soll, der die tatsächlichen Feuerungsverhältnisse mehr berücksichtigt und richtiger zum Ausdruck bringt. Damit ist der vielörterte Plan aufgegeben worden, neben dem alten Indez einen Parallelindeks zu schaffen. Der Aufbau des künftigen Indez ist aber durchaus noch nicht geklärt und es wird wohl erforderlich sein, daß das statistische Reichsamt die Sachleute der Gewerkschaften nochmals eingehend zu Rate zieht. Bis jetzt ist bekannt, daß der neue Indez sich hauptsächlich auf der Anzahl von Kalorien aufbauen soll, die zur Erzeugung einer Familie notwendig sind. Außerdem sollen zum Beispiel das Jahrgeld nach der Arbeitsstätte, Kulturbedürfnisse, wie Zeitung, Bücher, Theater, die Beiträge für die Gewerkschaften und auch gewisse Genussmittel, wie Tabak usw., berücksichtigt werden. Nach Ansicht des statistischen Reichsamts wird die Berechnung nach dem neuen Indez schon ab Mitte Februar möglich werden.

Arbeiterversicherung.

Die Vermögensanlage der Krankenkassen. Von der Bedeutung ist immer wieder die Frage darüber geführt worden, daß die deutsche Krankenversicherung mit ihren Beiträgen die Wirtschaft ungebührlich belastet. Diesen Vorwurf hat besonders das Reichsarbeitsministerium zurückgewiesen. Trotzdem wird aus Kreisen der Wirtschaft nach wie vor berichtet, daß ein weiterer Abbau der Krankenkassenbeiträge möglich sei, wenn die Krankenkassen darauf verzichten würden, größere Rücklagen zu machen. Wie aber sieht die Lage? Die Krankenkassen sind durch Ge-

setz verpflichtet, eine Rücklage in Höhe ihrer Ausgaben im Durchschnitt der letzten 3 Jahre anzusammeln. Diese Rücklage soll dazu dienen, daß die Krankenkassen in unvorhergesehenen Fällen, z. B. bei größeren Seuchen usw., in der Lage sind, ihre Pflichten durch Rückgriff auf die Rücklage zu erfüllen. Das ist ohne Zweifel ein sehr gesunder Grundsatz. Leider haben nun die Krankenkassen während der Inflation ihre gesamten Rücklagen verloren. Das war um so leichter möglich, als die Kassen verpflichtet sind, die Rücklagen mündelsicher anzulegen. Nun haben aber gerade die mündelsicheren Werte unter der Gelbentwertung am meisten gelitten. Die Rücklagen der Krankenkassen sind heute infolgedessen gleich null. Es ist auch nicht richtig, daß die Krankenkassen in der Lage wären, gegenwärtig solche Rücklagen wieder aufzuspeichern. Bedauerlicherweise lassen die heutigen Beitragsätze irgendeine Möglichkeit dafür nicht zu, so nötig an sich bei dem schlechten Gesundheitszustand unseres Volkes die Ansammlung von Rücklagen wäre. Die Krankenkassen sind also gegenwärtig nicht in der Lage, diese gesetzliche Vorschrift zu erfüllen. Aber selbst wenn sie es wären, so wird dadurch die Wirtschaft keineswegs geschädigt. Die Krankenkassen müssen ihre Gelder mündelsicher anlegen. Vorwiegend geschieht das bei den Sparkassen, die ihrerseits das Geld wieder in den allgemeinen Kreislauf der Wirtschaft zurückführen. Vor dem Kriege war es gerade durch Darlehen aus Kassengeldern möglich gewesen, eine Belebung des Baumarktes zu erzielen. Hier wirkten also die Kassen direkt anregend für die Wirtschaft, nicht aber erdrückend, wie man nach den vielfach gehörten falschen Behauptungen annehmen könnte. Es wäre deshalb dringend zu wünschen, wenn auf die eine oder die andere Weise es den Kassen auch heute wieder ermöglicht würde, Rücklagen in größerem Umfang wieder anzusammeln. Das liegt sowohl im Interesse der Volksgesundheit wie in dem der Wirtschaft.

Vom Ausland.

Oesterreich. Auf eine dreissigjährige Tätigkeit als Sekretär der österreichischen Gewerkschaftsbewegung konnte der Genosse Anton Hueber zurückblicken. Bei einer kleinen Erinnerungsfest, die zu Huebers Ehren veranstaltet wurde, kam zum Ausdruck, welchen Dank die österreichische Arbeiterschaft Hueber schuldet und aus vollem Herzen entgegenbringt. Hueber hat auch stets an der Seite seines leider zu früh verstorbenen Freundes Carl Legien für den internationalen Zusammenschluss der Arbeiterschaft gewirkt und über die Landesgrenzen Oesterreichs hinaus werden ihm die besten Wünsche für eine weitere erfolgreiche Tätigkeit entgegengebracht.

Fachtechnisches.

Fachkurse. Unsere Karlsruher Filiale hat mit Hilfe und unter Leitung des Herrn Regierungsrats Vollmer vom bayerischen Landesgewerbeamt einen Abendkursus in Schriftmalerei abgehalten. Für diesen Kursus hatten sich 45 Teilnehmer aus unsern Mitgliedern gemeldet, leider haben sich aber nur 19 beteiligt. Der Kursus hat unter der Förderung von Herrn Regierungsrat Vollmer und der technischen Leitung des Lehrers, Herrn Malermeister Glaser, ein befriedigendes Ergebnis gezeitigt. Aus dem Lehrgang sei folgendes erwähnt: Erklärung vom Wesen und der Entwicklung der Schrift mit Betrachtungen der markantesten Formen jeder Schriftart; Schreibübungen mit Schreibwerkzeugen, von der griechisch-römischen Blockchrift ausgehend, in Sektelt und fettem Block, in geraden und runden Formen, strenge und malerische Antiqua, barockisierende Schrift in Schnur- und Wandzügen, senkrechte und Kurvis sowie in Sektelt und Schwellungen; Uebergang zur Fraktur und Schwabacher Form; Zeichnen obiger Schriften und praktische Anwendung mit Berücksichtigung von zeitgemäßer Schriftanwendung, Teilung von Schrift nach vereinfachtem System.

Für den Monat Februar wird ein Holzmalkursus unter der gleichen Leitung abgehalten. Übungen in Eiche (Mastern und Spiegel) sowie Schlichtholz, Nußbaum deutsch und italienisch, Pittapine und Mahagoni. Es wäre sehr erfreulich, wenn solche Ausbildungskurse für unsern Beruf überall durchgeführt würden, wie es bei uns in Baden geschieht. Die Kollegen sollten bei einer solchen Lage, wo sie für 3 M. den ganzen Kursus mitmachen können, mehr Interesse zeigen; denn sie lernen ja nur für sich und können dann auch andere Forderungen an die Meister stellen. Im Laufe dieses Sommers soll, wenn sich genügend Maler zur Verfügung melden, ein Kursus für Dekorations- und Glasvergoldung abgehalten werden. Wenn sich nicht genügend Badener zu diesem Kursus stellen, können vom 6. Bezirk auch weitere Mitglieder hinzugezogen werden. Im nächsten Winter soll in Karlsruhe der Holzmalkursus im November und Dezember stattfinden, der Holzmalkursus im Januar und Februar 1926.

Emil Stober, Sektionsleiter der Lackierer der Filiale Karlsruhe.

Fachliteratur.

„Deutsche Malerzeitung die Waage.“ Illustrierte Zeitschrift für Malerei. Verlag Georg D. W. Callway in München. Heft 11, Februar 1925, enthält Tafel 41: Tonnenewölbe mit Stichtappe, von Engelbert Springer in Wildenan; Tafel 42: Wandverzierungen mit japanisierenden Motiven, aus dem Atelier von G. Stöbe in Wluda b. Dresden; Tafel 43: Wandmuster für Schablonenmalerei, von D. Abtmeier in München; Tafel 44: Allerlei Zierate, von Berthold Marthaler in Kaiserlautern. Die für den praktischen Gebrauch gut geeigneten Vorlagen bieten den Kollegen vielerlei Anregung bei der Ausarbeitung selbständiger Entwürfe. Auch der textliche Teil ist reichhaltig und belehrend ausgestattet. Der Bezugspreis für 3 Monatshefte und 13 Wochennummern beträgt vierteljährlich 3,00 M.

Literarisches.

Die „Jungsozialistischen Blätter“, von denen das Januar-Heft des 4. Jahrgangs soeben in neuer Ausstattung erscheint, bringen der jungen Parteigenossenschaft eine Reihe interessanter Aufsätze. Wir haben hervor den Aufsatz „Som Werden eines neuen Deutschlands“ von Joh.

Schult, Hamburg, „Kritik der Rätebewegung“ von Erich Bittler, Die Gerichteten“ von E. Ollenhauer, Berlin, und „Die Stellung sozialistischen Jugendbewegung zum Nationalismus“ von Thoma. Die sozialistischen Blätter“ sollen pro Heft 30 M und sind in jeder Handlung und Postanstalt zu bestellen.

Arbeits- und Volksklassen im Wandel der Geschichte. Franz J. Furwängler. Gewerkschaftliche Jugendbücherei Band 144. 144 Seiten. Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes m. b. H., Berlin S 14. Preis 1,50 M. Das Buch die verschiedenen und komplizierten Fragen des sozialen Aufbaus der Gesellschaft und ihrer Arbeitsverfassung im Altertum und Mittelalter in großen Umrissen aufzuzeigen. Nach einem Überblick der Verhältnisse in den morgenländischen Reichen verfolgt die Darstellung im ersten Teil eingehend die griechische und insbesondere die römische und Wirtschaftsgeschichte. Im zweiten Teil beschränkt sich auf eine Schilderung des deutschen Mittelalters, dessen wirtschaftliche und soziale Eigenart gegenüber der Welt des Altertums klar getrennt wird. Die Schrift ist als Einführung für jugendliche Kreise geeignet, in der sie nicht nur durch die anschauliche Darstellung der Verhältnisse, sondern auch vor allem durch die sorgfältig vermittelte umfängliche Darstellung der Verhältnisse in der römischen und in der deutschen Geschichte, die dem Leser einen Einblick in die Zusammenhänge der verschiedenen Verhältnisse der Vergangenheit zu gelangen, die heute mehr als Voraussetzung auch der praktischen Gewerkschaftsarbeit gebührt.

Das Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“ gibt seit kurzem „Illustrierte Reichsbanner-Zeitung“ heraus, die in ihrem Verlauf seit einer erfreulich hohen Auflageerreichung hat. Die zweifelhafte auf die ausgezeichnete Ausstattung der Zeitschrift zurückzuführen. Die „Illustrierte Reichsbanner-Zeitung“ verfolgt die gleiche Tendenz wie das Reichsbanner überhaupt, das heißt die Verbreitung des republikanischen und staatsbürgerlichen Geistes in Bild und Schrift alles, was im öffentlichen Leben der deutschen Republik, in der Volkswirtschaft und in der deutschen Kultur von Wichtigkeit ist, ohne dabei die anderen Gebiete, die uns interessieren und die wir auch gern im Bild sehen möchten, zu vernachlässigen. Kunst und Wissenschaft, die Schönheit unseres Vaterlandes, die Kultur der Vergangenheit, die in Wort und Bild zur Darstellung kommen. „Illustrierte Reichsbanner-Zeitung“ kann darum bestens empfohlen werden. — Der Preis pro Nummer beträgt 20 M. — Bestellungen bei allen Ortsvorsitzenden des Reichsbanners „Schwarz-Rot-Gold“ bei der Post aufgegeben werden.

Vierteiljahresschäfte der Berliner Gewerkschaftsschule. Gegeben von der Berliner Gewerkschaftsschule, Berlin SO 16, unter 26/26. Einzelheft 75 M. Diese junge Zeitschrift soll ein werden, das in die Massen hineingetragen wird, um dort die von der dringenden Notwendigkeit der Arbeiterbildung zu verstehen und die wir auch gern im Bild sehen möchten, zu vernachlässigen. Kunst und Wissenschaft, die Schönheit unseres Vaterlandes, die Kultur der Vergangenheit, die in Wort und Bild zur Darstellung kommen. „Illustrierte Reichsbanner-Zeitung“ kann darum bestens empfohlen werden. — Der Preis pro Nummer beträgt 20 M. — Bestellungen bei allen Ortsvorsitzenden des Reichsbanners „Schwarz-Rot-Gold“ bei der Post aufgegeben werden.

Vom 8. bis 14. Februar ist die 7. Beitragswo-

Vereinstell.

Von verschiedenen Mitgliedern werden wir auf von ihnen gemachter Erfahrungen ersucht, die Kollegen mit ökonomischen Grundermitteln arbeiten, zu erheben, das in die Massen hineingetragen wird, um dort die von der dringenden Notwendigkeit der Arbeiterbildung zu verstehen und die wir auch gern im Bild sehen möchten, zu vernachlässigen. Kunst und Wissenschaft, die Schönheit unseres Vaterlandes, die Kultur der Vergangenheit, die in Wort und Bild zur Darstellung kommen. „Illustrierte Reichsbanner-Zeitung“ kann darum bestens empfohlen werden. — Der Preis pro Nummer beträgt 20 M. — Bestellungen bei allen Ortsvorsitzenden des Reichsbanners „Schwarz-Rot-Gold“ bei der Post aufgegeben werden.

Warnung. Dem Kollegen Leonhard Wel (Buchnummer 10 790) ist in Schwäbisch-Gmünd der Herberge das Mitgliedsbuch und die Reiselegitimation gestohlen worden. Um zu verhindern, daß auf diese Legitimation Reiseunterstützung ausbezahlt wird, werden Verwaltungen ersucht, diese Warnung zu beachten und Vorzeiger obiger Papiere festzustellen.

Der Verbandsvorsitzende

Bericht der Hauptkasse für Monat Januar.

Eingekandt haben: Apolda 75 M., Weichsel 200, Berlin 3500, Bremen 600, Bunzlau 20, Chemnitz 200, Coblenz 120, Cuxhaven 170, Darmstadt 250, Dresden 1720, Ebersfeld 300, Eichwege 161,20, Essen 1050, Frankfurt 1720, Freiburg 200, Friedberg 165, Fürstenaalbe 200, Göttingen 200, Guben 80, Halle 300, Hamburg 500, 233,20, Hannover 1000, Herford 100, Karlsruhe 170, 1480, Königsberg 500, Landsberg 112,10, Leipzig 1480, Magdeburg 900, Mainz 1000, Meerane 180, Neumünster 200, Nürnberg 105, Osnabrück 220, Rendsburg 100, Regensburg 100, Sagan 18,39, Schweinfurt 87,50, Straßburg 202, Stuttgart 700, Weiden 35, Weimarer 50. J. Reich, Kassier.

Sterbetafel.

Berlin. Am 27. Januar starb der Kollege Herr Schwanau, geboren am 26. April 1862 in Krome. Danzig. Am 20. Dezember starb unser Kollege Steinfeld im Alter von 87 Jahren. — Am 21. starb unser langjähriges Mitglied Julius Mann im Alter von 73 Jahren. Grünberg. Am 15. Januar starb unser Kollege Friedrich Göke im Alter von 67 Jahren. Leipzig. Am 13. Januar starb an Lungentuberkulose ein treues Mitglied, der bisherige Vertrauensmann Zahlstelle Kosswein, Richard Engel, im Alter von 37 Jahren. Unablässig hat er für die Förderung seiner Berufskollegen in der selbstlosesten Weise gearbeitet. München. Gestorben sind die Kollegen: Kaver Mayer am 10. Januar im 58. Lebensjahr an Schlaganfall und Lungenentzündung. — Albert am 12. Januar im 48. Lebensjahr an Nervenleiden. Beide Kollegen waren langjährige treue Mitglieder unserer Organisation. Ehre ihrem Andenken!

Anzeigen

Tüchtige selbständige Wagenlad für dauernde Arbeit sofort gesucht. Reisekosten werden vergütet. Karosseriewerke von Eupen, Essen, Taubenstraße